

EU-Wirtschaftsregierung sorgt für Skepsis

Diskussion – Ökonomen fordern aber verstärkte wirtschaftliche Koordination

Mit der Forderung nach einer europäischen Wirtschaftsregierung haben Deutschland und Frankreich nicht nur innerhalb der Euro-Staaten für Aufsehen gesorgt. Während einige Länder bereits Zustimmung signalisiert haben, bleiben vor allem kleinere Staaten wie Österreich und Belgien skeptisch.

Darüber, ob eine europäische Wirtschaftsregierung in naher Zukunft beschlossen werden könnte, diskutierten am Freitag Politiker und Ökonomen in Wien. „Die Wirtschaftsregierung wird kommen“, meinte der EU-Mandatar der SPÖ, Hannes Swoboda. Unklar sei ledig-

lich die Frage, wie eine solche genau aussehen wird. Die bisher präsentierten Vorschläge beurteilte Swoboda grundsätzlich positiv, dennoch beklagte er fehlen-



Klaus Gretschnann: Fordert Einbindung der Bevölkerung

de Visionen. Eine europäische Wirtschaftsregierung dürfe jedenfalls „kein reines neoliberales Modell sein“, warnte Swoboda.

Skepsis Der Gouverneur der Österreichischen Nationalbank, Ewald Nowotny, zeigte sich vor allem bei dem Begriff „Wirtschaftsregierung“ skeptisch. Dieser würde „unnötige Befürchtungen“ wecken. Er sprach sich zwar für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit aus, den Begriff Regierung halte er aber für irreführend. Auch der Ökonom Hans-Helmut Kotz kritisierte, dass das Konzept einer europäischen Wirtschaftsregierung noch

nicht ausreichend definiert wurde. Aus seiner Sicht müsse die Heterogenität Europas auf jeden Fall erhalten bleiben, dennoch sei eine verstärkte Koordination der Mitgliedstaaten notwendig.

Klaus Gretschnann, Generaldirektor im Generalsekretariat des Rats der EU, forderte bei Themen wie der Wirtschaftsregierung eine stärkere Einbindung der Bevölkerung. Dass diese die Diskussion durchaus nüchtern beurteilt, zeigte die Wortmeldung eines Zuhörers: „Die Diskussion über eine Wirtschaftsregierung gleicht in vielerlei Hinsicht einem Wunschzettel an das Christkind.“ – Andreas Cavar